Redaktion, Druck und Verlag
von R. Graßmann in Stettin
Schulzenstraße Nr. 17.

Abonnementspreis vierteljährlich in Stettin 1⅓ Thlr.,
außerhalb 1$\frac{7}{12}$ Thlr.
Insertionsgeb.: für die gespaltene Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner  Zeitung

105. Jahrgang der „Privilegirten Stettiner Zeitung."

No. 112. Abend- Dienstag den 7. März. Ausgabe. 1860.

Landtag.

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung am 5. März.

(Schluß).

Bei dem Etat der Telegraphen-Verwaltung spricht der Abg. v. Rönne (Solingen) den Wunsch aus, daß man den zu hohen Tarif für den telegraphischen Verkehr, vorzugsweise im Inlande, in Betracht ziehe. Die Höhe des Tarifs sei die Ursache, daß das Publikum nur in unbedeutendem Maße sich des Telegraphen bediene; nur der Handelsstand thue es, und auch nur bei wichtigen Sachen, während zum Beispiel in Nordamerika der telegraphische Privatverkehr ein sehr starker sei. Er spreche hier zwar im Interesse des Publikums, aber er denke nicht daran, dem Staate ein Opfer zuzumuthen, da der Herabsetzung des Tarifs mit Sicherheit eine Steigerung der Einnahmen folgen werde. Dafür spreche nicht bloß die Erfahrung anderer Länder, sondern auch unseres eigenen. Im Jahre 1858 habe man den Tarif herabgesetzt und im Jahre 1859, welches dabei ein ungünstiges gewesen, seien die Einnahmen gestiegen. In Nordamerika, wo der Telegraph keine Staatsangelegenheit, sondern ein Privatgeschäft sei und einer wohlthätigen Konkurrenz unterliege, betrage die Anzahl der Telegramme jährlich vier Millionen, während andere Länder von gleicher Einwohnerzahl weit geringere Zahlen aufweisen. Er wisse ganz gut, daß nur mit Zustimmung der andern Betheiligten herabgesetzt werden könnte, aber er zweifle nicht, daß diese Staaten einem bezüglichen Antrage Preußens zustimmen würden, zumal viele derselben (wie Würtemberg, Baden u. a. m.) schon jetzt einen niedrigeren Tarif für den Verkehr im Innern eingeführt hätten. Wenn anfangs der Tarif für Telegraphen und ähnliche Kommunikationsmittel sehr hoch gegriffen worden, so habe das zum Theil wohl darin seinen Grund, daß die reaktionären Regierungen von der plötzlich gesteigerten Ausdehnung des Verkehrs die Verbreitung demokratischer Ideen fürchteten. Das sei aber jetzt hoffentlich ein überwundener Standpunkt, wenigstens bei unserer erleuchteten Regierung.

Handelsminister v. d. Heydt: Die Regierung werde gerne Ermäßigungen eintreten lassen. Der anfängliche Tarif sei bereits auf die Hälfte herabgesetzt, und es sei kein Zweifel, daß weitere Reduktionen eine Vermehrung der Einnahmen ergeben werden. Nicht zu übersehen sei dabei, daß mit der Ermäßigung des Preises und Vermehrung des Verkehrs zugleich eine Vermehrung der Beamten eintreten würde.

Die Einnahme-Positionen (789,000 Thlr.) wurden darauf genehmigt.

Bei den Ausgaben der Telegraphen-Verwaltung (ord. 586,000 Thlr., extraord. 100,000 Thlr.) beantragt Abg. Wachler, die unter dem vorjährigen Extraordinarium für den Ankauf eines Grundstücks bewilligen 50,000 Thlr. so lange vom Etat abzusetzen, bis der Voranschlag zu einem Gebäude für die Telegraphen-Verwaltung vorgelegt worden ist. Die Kommission will die Verwendung dieser Summe zu dem ausgesprochenen Zwecke bewilligen.

Das Ameudement Wachter wird mit großer Majorität angenommen.

Aus dem folgenden ersten Petionsbericht der Kommission für Handel und Gewerbe giebt nur eine auf den Kleinhandel mit Spirituosen bezügliche Petition zu einer Debatte Anlaß. Die Kommission hat, „in Erwartung einer baldigen legislatorischen Revision des ganzen Konzessionswesens", (motivirte) Tagesordnung beantragt.

Abg. v. Puttkamer will einfache Tagesordnung. Wolle man allen Material-Waarenhändlern die Konzession geben, so werde sich dieser Handelszweig zu sehr ausdehnen; wolle man sie denen entziehen, die sie schon besäßen, so verletze man ein bestehendes Recht. Das Beste sei, die schon bestehenden Bestimmungen streng aufrecht zu erhalten.

Minister des Innern Graf v. Schwerin: Die Regierung beschäftige sich mit einem Gesetz über die Revision dieser Art von Konzessionen, sie werde aber immer daran festhalten, daß dieser Handel auf das dringendste Bedürfniß beschränkt werde (Bravo!) denn es sei die Pflicht der Regieruug, der Völlerei entgegen zu treten.

Die einfache Tagesordnung wird angenommen.

In dem zweiten Petitionsbericht der Gemeinde-Kommission ist die erste Petition die der Stadtverordneten in Löwenberg, betreffend die (von dem dortigen Magiärat beanstandete und nur bedingungsweise in Aussicht der Erlaubniß gestellte) Veröffentlichung eines von einer Kommission der Stadtverordneten-Versammlung zu redigirenden Berichtes über ihre Sitzungen. Die Kommission befürwortet Ueberweisung an die Regierung zur Berücksichtigung.

Der Regierungs-Kommissar v. Mallinckrodt, so wie der Minister des Innern Graf v. Schwerin erklären sich gegen die Ueberweisnng.

Abg. Gneist: Die Kommission habe nur die Prinzipienfrage hervorgehoben, ob der Magistrat eine Censur auszuüben habe, oder nicht. Die Stadtverordneten dürften öffentlich verhandeln, ihre Mitbürger hätten ein Recht zuzuhören, die Verhandlungen würden protokollirt und stenographirt — warum wolle man also nicht die Stadtverordneten in verständiger und verständlicher Weise einen Extrakt für ihre Mitbürger anfertigen und veröffentlichen lassen? Das sei kein Verwaltungsakt, nicht die Ausführung von etwas Beschlossenem, sondern nur die Vermittlung von etwas Geschehenem an das Publikum.

Minister des Innern Graf von Schwerin: Es handle sich nicht darum, ob die Verfügung des Magistrats zweckmäßig sei oder nicht, sondern lediglich um ein Prinzip, und das könne er nicht anders auslegen, als daß, wenn die Stadtverordneten-Versammlung einen Beschluß gefaßt habe, der nach außen hin eine Wirksamkeit haben soll, dieser Beschluß zu denen gehöre, welche der Zustimmung des Magistrats bedürfen. Er sei jeder besseren Ansicht zugänglich und werde jedenfalls, wenn das Haus dem Kommissions-Antrage beitrete, eine sorgfältige nochmalige Prüfung eintreten lassen; für jetzt aber handle es sich nicht um die Zweckmäßigkeitsfrage, sondern darum, wie die Aufsichtsbehörde nach den Gesetzen zu entscheiden habe.

Der Kommissions-Antrag wird mit großer Majorität angenommen.

Bei der Petition um Aufhebung der Rechte und Pflichten der Erb- und Lehnschulzengüter in Beziehung auf die Verwaltung des Schulzenamts — die Kommission hat Tagesordnung beantragt da sie die Regelung der Sache nur durch eine allgemeine Gemeinde-Ordnung hofft — erklärt der Minister des Innern Graf v. Schwerin, die Regierung werde auch unabhängig von der Gemeinde-Ordnuug die Sache regeln und gedenke nächstes Jahr eine Vorlage zu machen.

Die übrigen Petitionen (lediglich von untergeordnetem Interesse) werden ohne Diskussion durch Tagesordnung erledigt.

Der gestern eingebrachte Antrag des Abgeordneten Reichenheim lautet wörtlich: Das Haus wolle „die Erwartung aussprechen, daß die Königl. Staatsregierung die nöthigen Einleitungen treffen werde, um das Gesetz vom 3. November 1838 über die Eisenbahn-Unternehmungen einer Revision, den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen entsprechend, zu unterziehen und im Wege der Gesetzgebung zu reformiren."

— Die Kommission für Handel unh Gewerbe hat über den Gesetzentwurf, betreffend die Verbindlichkeit zur Anwendung gestempelter Alkoholometer (Referenten Dihm und Müller-Demmin), in ihrer großen Majorität dem Gesetzentwurf mit der einzigen Abänderung ihre Zustimmung gegeben, daß nur die Benutzung, nicht auch der Besitz ungestempelter Alkoholometer strafbar sein soll. Es hat an Diskussionen über die Zweckmäßigkeit oder Nothwendigkeit eines Zwanges nicht gefehlt, und da dieselben sich voraussichtlich bei der Berathung im Hause erneuern werden, so können in dieser rein technischen Frage zur Vermeidung von Wiederholungen die Einzelheiten bis dahin verschoben werden.

Deutschland.

Stettin, 6. März. Der „Moniteur" veröffentlicht die in der Kaiserlichen Rede bezeichneten letzten Vorschläge, welche Frankreich an die sardinische Regierung gerichtet hat, so wie eine Depesche an den Grafen Persigny, welche die gleichzeitige Uebersendung dieser Vorschläge nach London begleitete. Ferner theilt die „Donauzeitung" zwei Depeschen des Grafen Rechberg an den Fürsten Metternich in Paris vom 17. Februar mit, in denen die Ende Januar von Frankreich unterstützten englischen Vorschläge abgelehnt werden. Da die beiden letzten Aktenstücke einer bereits überschrittenen Phase angehören, und ihr Inhalt im Wesentlichen bekannt ist, so theilen wir das Bemerkenswertheste der erstern mit. Herr Thouvenel schreibt an den Baron Talleyrand, den französischen Gesandten in Turin:

Einerseits dahin zu wirken, daß die Ereignisse des Krieges nicht in Italien selbst gefährdet werden, andererseits aber, zu erlangen, daß dieselben in einer mehr und minder nahe bevorstehenden Zukunft durch die offizielle Zustimmung Europas bestätigt werden, oder mit anderen Worten: den Verwickelungen vorzubeugen, wodurch die Halbinsel der Anarchie anheim gegeben würde, und einen dauerhaften Stand der Dinge dadurch herbeizuführen, daß man dieselben so viel wie möglich unter den Schutz des Völkerrechts stellt, — das ist das zwiefache Ziel, das wir nie aus den Augen verloren haben und das wir endlich unter Mitwirkung Sardiniens zu erreichen wünschen.

In dem Augenblick, wo die Geschicke der Halbinsel am Vorabende ihrer Entscheidung auf immer stehen, kann die Kaiserliche Regierung nicht Anstand nehmen, sich mit einer Freiheit auszusprechen, die übrigens ihre rege Theilnahme für einen befreundeten und verbündeten Hof beweist; wir sagen es daher unverhohlen, daß das Gefühl, welches in gewissen Theilen Italiens den Gedanken der Annexion hervorgerufen und zur Kundgebung des Wunsches nach einer solchen geführt hat, eher eine gegen eine Großmacht gerichtete Kundgebung als eine wohlüberlegte Hinneigung zu Sardinien ist. Dieses Gefühl wird, wenn ihm nicht von Anfang an Einhalt geschieht, alsbald in Forderungen an den Tag treten, deren Bekämpfung dem Turiner Kabinet die Klugheit anräth.

Wenn man alle Verhältnisse in der festen Absicht berechnet, unter allen Lösungen diejenige herauszufinden, welche sich am desten mit der dringenden Lage des jetzigen Augenblickes und mit den Erfordernissen einer ruhigeren Zukunft verträgt, so gelangt man zu der Ueberzeugung, daß es hohe Zeit ist, bei einer Lösung Halt zu machen, die sich der Genehmigung Europas mit einiger Aussicht auf Annahme unterbreiten ließe, und bei der Sardinien die volle Ausübung des normalen Einflusses, den es auf der Halbinsel auszuüben berechtigt ist, belassen bliebe.

Diese Kombination wäre nach der wohlerwogenen Ansicht der Kaiserl. Regierung die folgende:

1. vollständige Einverleibung der Herzogthümer Parma und Modena in Sardinien;

2. weltliche Verwaltung der Legationen der Romagna, Ferrara's und Bologna's in Gestalt eines von Seiner sardinischen Majestät im Namen des heiligen Stuhles ausgeübten Vikariats;

3. Wiederherstellung des Großherzogthums Toskana in seiner politischen und territorialen Selbständigkeit.

Bei dieser Ausgleichung wäre die auf der Lombardei und auf die Herzogthümer Parma und Modena beschränkte Verschmelzung keine Arbeit mehr, der Sardinien nothgedrungen alle seine Bemühungen ausschließlich widmen müßte; das Turiner Kabinet behielte seine Freiheit zum Handeln und könnte dieselbe seinerseits auch zur Befestigung der Ruhe in Italien verwenden, während es die zu den Erbbesitzungen des Königs Viktor Emanuel hinzugeschlagenen Gebiete auf fester Grundlage zu einem wohlgefügten Königreich organisirte.

Das Vicariat vertrüge sich sowohl mit dem Municipalgeiste, der in der Romagna jahrhundertalte Ueberlieferung ist, wie mit dem natürlichen Einflusse, den die zur Beherrscherin des größten Theiles von dem Stromgebiete des Po gewordene Macht auszuüben wünschen muß.

Diese Art der Transaktion böte noch den Vortheil, daß sie Sardinien die Stellung verbürgte, deren es, wenn man vom politischen Stondpunkte ausgeht, nothwendig bedarf, daß sie in administrativer Beziehung den Legationen Genüge leistete und, vom katholischen Standpunkte aus betrachtet, einen Mittelweg zu Stande brächte, der, wie wir hoffeu, zuletzt die Bedenken und die Gewissen beschwichtigen würde. Dieses Ereigniß dürfte Frankreich nicht gleichgültig sein, weil es im Prinzipe eine radikale und ohne Ausgleichung erfolgende Zerstückelung der Staaten des heiligen Vaters nicht anerkennen könnte; dasselbe darf aber noch weniger Sardinien gleichgültig sein. Wir werden nichts verabsäumen, damit die übrigen Mächte, welche über die Unmöglichkeit aufgeklärt sind, die frühere Ordnung der Dinge vollständig wiederherzustellen und den Anforderungen der gegenwärtigen keine Rechnung zu tragen, sich mit uns bemühen, dem Papste begreiflich zu machen, daß diese aus freien Stücken angenommene Kombination alle wesentlichen Rechte des heiligen Stuhles gwährleisten würde.

Was ich über die Nothwendigkeit bemerkt habe, den Gefahren vorzubeugen, denen Sardinien sich aussetzen würde, wenn es anderen Vergrößerungen nachtrachtete, findet noch wesentlicher auf Toskana seine Anwendung. Die Idee der Einverleibung des Großherzogthums, d. h. die Verschmelzung eines mit einer so herrlichen und so edlen Geschichte ausgestatteten und bisher mit seinen Ueberlieferungen so innig verwachsenen Landes mit einem andern Staate kann sicherlich nur einem Streben entsprungen sein, dessen Gefahr die Kaiserliche Regierung unmöglich verkennen kann und das sie weit entfernt ist, als von der Masse der Bevölkerung getheilt zu betrachten. Dieses Streben — darüber darf man sich nicht täuschen, welches gegenwärtig auch, wie ich nicht zweifle, die korrekten Absichten der sardinischen Regierung sein mögen — giebt von Seite derjenigen, die sich darauf eingelassen, einem Hintergedanken an einen Krig gegen Oestreich zur Eroberung Venetiens Raum, so wie einem Hintergedanken, wenn auch nicht an Revolution, so doch mindestens an Bedrohung der Ruhe der Staaten des heiligen Stuhles und des Königreiches beider Sizilien. Die öffentliche Meinung würde sich weder in Italien noch anderwärts darüber täuschen, und die Fragen, um deren Austragung es sich handelt, würden mit neuer Heftigkeit wieder zum Vorschein kommen.

Ohne sich die Schwierigkeiten zu verhehlen, die noch zu heben blieben, um den Sieg der Lösung herbeizuführen, welcher, wenn das Turiner Kabinet dazu seinen Beitritt erklärte, die Kaiserliche Regierung ihre nachdrücklichsten und andauerndsten Anstrengungen widmen würde, hegt dieselbe das Vertrauen, daß diese Schwierigkeiten nicht unüberwindlich sein würden. Ueberdies würde die Regierung Sr. Majestät in der Gewißheit, daß sie auf einer Basis operire, die geeignet wäre, Frankreich und Sardinien vollständig zu genügen, Italien auf einen langen Zeitraum zu beruhigen und

endlich keines der Interessen, die Europa das Recht und die Verpflichtung hat, unter seinen moralischen Schutz zu stellen, zu stark zu verletzen, nicht nur kein Bedenken tragen, die Verpflichtung einzugehen, die Vertheidigung einer solchen Kombination in einer Konferenz oder auf einem Kongresse zu übernehmen, sondern sie würde dieselbe zugleich als eine solche verkündigen, die ihrer Ansicht nach für eine auswärtige Intervention unantastbar sei. In diesem Falle würde Sardinien also die Gewißheit haben, daß es uns zur Seite und hinter sich hätte. Sie sind ermächtigt, das dem Herrn Grafen Cavour ausdrücklich zu erklären.

Welche Sympathien für Italien und insbesondere für Sardinien, das sein Blut mit dem unsrigen vermischt hat, auch Seine Majestät hegen möge, so würde der Kaiser doch unbedenklich seinen festen und unwiderruflichen Entschluß kund geben, daß er die Interessen Frankreichs zur allgemeinen Richtschnur seiner Verfahrungsweise nehme. Gefährliche Illusionen vernichten, heißt nicht mißbräuchlich die Anwendung beschränken, welche Sardinien und Italien von der Freiheit etwa machen könnten, zu deren Erringung ihnen hülfreiche Hand geleistet zu haben, wir uns stets zur Ehre anrechnen werden, und wofür schließlich auch die letzten Erklärungen, welche die Kaiserliche Regierung vom Wiener Hofe erlangt hat, Zeugniß ablegen; es heißt ganz einfach, ich wiederhole es, die Unabhängigkeit unserer Politik wieder in Anspruch nehmen und dieselbe vor Verwickelungen sicher stellen, die wir nicht zu entwirren haben werden, wenn unsere Rathschläge zur Vorbeugung derselben erfolglos blieben.

Berlin, 5. März. Am Sonnabend fand bei dem Kultusminister die erste Sitzung der zur Vorberathung für das Schillerdenkmal gebildeten Kommission Statt. Herr v. Bethmann-Hollweg eröffnete dieselbe nach einem Berichte der „Voss. Z." mit der Mittheilung, daß von verschiedenen Seiten der Wunsch laut geworden sei, neben Schiller auch gleichzeitig Göthe ins Auge zu fassen. Diesem Wunsche könne genügt werden, entweder durch die Errichtung einer Doppelstatue, wie sie z. B. Rauchs Modell darstelle, oder durch gesonderte Statuen beider Dichter. Zugleich legte derselbe hierauf bezügliche Zeichnungen vor. Dem ersteren Plane trat zunächst das Bedenken entgegen, daß die ursprüngliche Absicht sowohl, als auch die vorhandenen Geldmittel ausschließlich der Schillerstatue gälten; ein Standpunkt den namentlich die Abgeordneten des Schiller-Komitee's auf das Bestimmteste geltend machten. Die weitere Besprechung betraf demgemäß vorzugsweise die Errichtung einer Schillerstatue. Es wurde als feststehend angenommen, daß die Ausführung dieses Denkmals den städtischen Behörden, welche den Grundstein gelegt, zugehöre, während eine vorläufige Einigung über gewisse allgemeine Bedingungen sehr wünschenswerth sei. Uebereinstimmend war man der Ansicht, daß die Statue in Erz auszuführen sein würde, eine allgemeine Konkurrenz für alle deutschen Künstler, auch wenn sie sich im Auslande aufhielten, ausgeschrieben und die Konkurrenzarbeiten öffentlich ausgestellt werden sollten. Auch fand man es für angemessen, daß der konkurrirende Künstler sich nenne. Bindende Beschlüsse zu fassen war die Versammlung nicht berufen. Es werden demnächst die Vertreter der städtischen Behörden an letzteren berichten, während gleichzeitig eine gemeinsame Verständigung dieser Abgeordneten mit den Vertretern des Schiller-Komitee's stattfinden soll. Im Allgemeinen dürfte anzunehmen sein, daß eine Verschmelzung des Göthedenkmals mit dem Schillerdenkmal aus finanziellen wie sachlichen Gründen nicht stattfinden wird. Auch war man übereinstimmend der Ansicht, daß durch die Pläne für eine Göthestatue keine Verzögerung für die Errichtung des des Schillerdenkmals herbeigeführt werden solle.

— Die Bank- und Handelszeitung läßt sich in ihrer neuesten Nummer melden, die Komission des Abgeordnetenhauses habe die Regierungsvorlage hinsichtlich der Armee-Reform mit 17 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Die Preuß. Zeitung kann diese Nachricht als gänzlich unbegründet bezeichnen. Es ist in der Kommission, welche seit Sonnabend keine Sitzung gehalten hat, noch zu gar keiner Abstimmung gekommen.

— Die Berliner Aerzte haben sich mit einer Petition an beide Häuser des Landtags gewandt, in welcher sie die gegenwärtige Stellung der Militär-Aerzte beleuchten und schließlich beide Häuser bitten, „die Beseitigung der Uebelstände veranlassen und die folgenden wesentlichen Punkte der Königlichen Regierung zur Berücksichtigung überweisen zu wollen: 1) Gleichstellung der Militär-Aerzte mit den Kombattanten; 2) Verbesserung des Avancements derselben in dem Verhältnisse, wie das Avancement der Offiziere stattfindet; 3) Einführung eines Avancements der landwehrpflichtigen Aerzte nach ihrem Dienstalter; 4) Verbesserung der Gehälter nach Maßgabe der in anderen Ländern stattgehabten Reformen." Beigegebene Tabellen beweisen es in Zahlen, daß die Militär-Aerzte sowohl an Rang wie an Gehalt in Preußen ungleich schlechter gestellt sind, als in Oestreich, Frankreich und England.

— Die diplomatischen, kaufmännischen und gelehrten Miglirder der Expedition nach den ostasiatischen Gewässern beabsichtigen, Ende dieses Monats Berlin zu verlassen und sich auf dem kürzesten Wege nach Ostindien zu begeben, wo sie in Singapore die ihrer wartenden Königlichen Kriegsfahrzeuge besteigen werden. Was die diplomatischen Mitglieder der Mission betrifft, so bestehen dieselben, wie der Elb. Ztg. grschrieben wird, aus dem General-Konsul und Kammerherrn Grafen Friedrich zu Eulenburg als Chef, welchem zuvor noch der Titel eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers beigelegt werden wird, dem Konsul Pieschel als dessen ersten Sekretär und eventuellen Stellvertreter, und dreien Attaché's, nämlich dem Freiherrn v. Bunsen (jüngstem Sohne des berühmten Gelehrten), dem Lieutenant Grafen zu Eulenburg vom 1. Garde-Regiment zu Fuß (Neffen des Vorgenannten) und einem Referendarius. — An Geschenken für die Herrscher von Japan und Siam sind, außer den beiden Prachtgemälden des Prinz-Regenten und dem Telegraphen-Apparat, noch Gegenstände der verschiedensten Art zum Gesammtwerthe von circa 8000 Thlrn. eingeschifft worden. So unter Anderem: gewerbliche Maschinen und Geräthschaften, ferner Feld- und Ackergeräthe neuester Konstruktionen, mehrere kleinere Dampfmaschinen 2c.; Lithophanien und Photographien, Bernstein-Sachen (große Schnüre von Bernstein 2c.); endlich das große Prachtwerk Mentzels: „die Uniformen Friedrichs des Großen" und andere auf den großen König und seine Kriegsthaten bezüglichen Bilder und Bücher; die letzteren sämmtlich auf das Kostbarste in rothem Sammet mit seidenen Deckeln und silbernen Beschlägen eingebunden.

Posen, 5. März.] In Bezug auf den Rücktritt des Ober-Präsidenten von Puttkamer meldet heute die „Posener Zeitung", daß derselbe aus Gesundheitsrücksichten sich zurückziehen wolle, da er von seiner letzten Krankheit noch immer nicht vollkommen hergestellt sei.

München, 3. März. Der Großherzog Ferdinand IV. von Toskana ist heute von München nebst Gefolge nach Dresden abgereist, um, wie die „N. M. Z." mittheilt, der dortigen Königlichen Familie einen längern Besuch abzustatten.

Dresden, 3. März. Die preußische Denkschrift über die Bundes-Kriegsverfassung vom 14. Januar, bekanntlich eine Erwiderung auf die desfallsige Denkschrift des Minrsters v. Beust, soll, wie man hier in unterrichteten Kreisen versichert, durch letztern bereits in ausführlicher Weise beantwortet worden sein.

Oestreich.

Wien, 4. März. Gestern Morgen wurden mehrere Ungarn und Deutsche, welche mit Ungarn in Verbindung stehen, aus den Betten geholt, um der polizeilichen Durchsicht ihrer Papiere anzuwohnen. Es schien auf verbotene Schriften und verdächtige Korrespondenzen gefahndet zu werden. Das Auffallendste dabei ist, daß unter den so Ueberraschten sich auch ein Polizeikommissär befindet, welcher den Fehler hat, ein Magyare zu sein.

Italien.

Turin, 29. Februar. Die Nachricht von der Bildung eines französischen Lagers in Pavia bestätigt sich. Gleichzeitig wird, wie der „Corriere Mercantile" sagt, die piemontesische Armee über Alessandria nach Casale gehen, um in Mittel-Italien überall zur Hand zu sein.

Dem „Bon Sens" von Annecy zufolge, bildete sich in dieser Stadt ein Ausschuß, um die Kundgebungen gegen die Zerstückelung Savoyens zu leiten. Er besteht aus zehn Mitgliedern, aus den geachtetsten Bürgern der Stadt gewählt.

Großbritannien und Irland.

London, 4. März. Der Hof verläßt die Hauptstadt am nächsten Donnerstag, bleibt einige Tage in Windsor und geht von dort für kurze Zeit nach Osborne. — Der Prinz von Oranien ist seit vorgestern wieder in London.

Die französische Thronrede hat die Besorgniß Englands vor den französischen Einverleibungsplänen noch gesteigert. Sie hat im Publikum und unter den Mitgliedern des Parlaments einen sehr unangenehmen Eindruck hervorgebracht. Die „Times" giebt mehr eine Analyse als eine Kritik der Rede, aber in einer Weise, die nicht zu ihrer Gunst gedeutet werden kann. Auch die „Morning-Post" hat sich heute eines Andern besonnen und macht zum ersten Male Vorstellungen gegen die Einverleibung Savoyens in Frankreich. Erst wenn Sardinien ganz Mittel-Italien einverleibt hätte, bemerkt sie, wenn es Venedig absorbirt, den Süden der Halbinsel an sich gezogen hätte, mit Einem Worte: wenn Italien wirklich ein großer mächtiger Einheitsstaat geworden wäre, dann könnte Frankreich zu seiner Sicherheit Savoyen in Anspruch nehmen; aber so lange es nicht so weit gekommen, sei diese Einverleibungsforderung geradezu absurd. „Es ist lächerlich", sagt die „Morning-Post", „die Vergrößerung Piemonts als eine Drohung gegen Frankreich darzustellen. Piemont würde es theuer bezahlen, wenn es die Berge, die ihm als Festungen dienen, gegen die fruchtbaren Ebenen des Mincio austauschte." Der „Morning-Herald" bemerkt, daß der Kaiser, indem er zwar seine Befriedigung über seine guten Beziehungen mit den Mächten ausdrücke, sich nicht scheue, eine aggressive Politik zu formuliren, indem er von der Ausdehnung der Gränzen Frankreichs spreche. Der Kaiser möge nicht muthwillig alle Mächte Europa's zu einer Coalition drängen; wohl seien die Gelüste auf Savoyen danach angethan, eine solche zu veranlassen. Der Zweifel an die Aufrichtigkeit der kaiserlichen Friedensversicherungen sei durch die Rede, statt beschwichtigt zu werden, bedeutend verstärkt worden.

Stettiner Nachrichten.

** Stettin, 6. März. Bei dem in Folge der regnichten Witterung hohen Wasserstande erwartet man bald die freie Schifffahrt der Oder, doch dürfte die Seeschifffahrt noch längere Zeit ruhen, da die Eisdecke des Haffs noch sehr stark ist und das was die Sonne am Tage verzehrt, während der Nacht wieder anfriert.

Eine unsern Platz interessirende Einrichtung wird in Berlin vorbereitet; man macht dort jetzt den Versuch, das Lieferungsgeschäft auch für Weizen einzuführen. Dieser Versuch dürfte aber für die Dauer nicht den gewünschten Erfolg haben, denn, wie bekannt, muß das Lieferungsgeschäft einen großen Consumtions- oder Exportmarkt, also einen Markt, auf dem auch ohne künstliche Reizmittel große Zufuhren zusammenströmen und aufgehäuft werden, zur Stütze haben. Die auf Weizen ruhende unverhältnißmäßig hohe Mahlsteuer bewirkt aber, daß der Verbrauch von diesem Artikel in der Hauptstadt trotz der Bevölkerung von ca. einer halben Million sehr beschränkt geblieben und deshalb sich dort nur schwache Vorräthe sammeln konnten. Ohne die Hemmnisse einer Steuergesetzgebung, welche den Anbau eines werthvollen Products, des Roggens, gegen den Anbau des weniger werthvolleren Weizens beschützt, würde wahrscheinlich der Verbrauch von Weizen im Inlande und damit der Anbau und der Export desselben schon weit größere Dimensionen angenommen haben. Für den Export seewärts ist die geographische Lage Berlins aber ein nicht zu beseitigendes Hinderniß. Für unseren Platz könnte es in Bezug auf das Weizengeschäft übrigens nur erwünscht sein, wenn durch Capitalien unterstützte Speeulation permanent im benachbarten Berlin große Bestände anhäufte, da wir dadurch im Fall rasch auftretenden überseeischen Bedarfs größere Ressourcen zur Hand hätten.

** Wie verlautet, soll eine Ermäßigung des Gaspreises bevorstehen und zwar von 2 Thlr. $22\frac{1}{2}$ Sgr. auf 2 Thlr. 15 Sgr. pr. 1000 Kubikfuß. Es soll in der nächsten Stadtverordneten-Versammlung eine dahin gehende Vorlage gemacht werden. Bei dem hohen Gewinn, den die Gas-Anstalt abwirft, scheint die obige Ermäßigung immer noch eine sehr geringe.

** Vor einigen Tagen wurde in einem „Eingesandt" über die schlechte Beschaffenheit und die fehlende Erleuchtung bei dem Wege von der Mühlen- nach der Grenzstraße in Kupfermühl geklagt. Die gerügten Mängel sind wirklich vorhanden und dürfte eine baldige Aenderung derselben erwünscht sein. Bei dieser Gelegenheit möchten wir die betreffenden Behörden auf einen andern Weg aufmerksam machen, der während der letzten Zeit, wo Frost und Thauwetter so oft wechselte, fast nicht zu passiren war, nämlich auf den Weg, der am Ende der Unterwieck zum sogenannten Wieckenberg hinanführt. Es ist eine der belebtesten Passagen, da der größte Theil der zwischen Grabow und Stettin gehenden Personen denselben passirt. Auch hier wäre eine Pflasterung das einzige Mittel zur gründlichen Hülfe; jetzt bleibt man förmlich in dem aufgeweichten Erdreich stecken.

** An heutiger Börse lag eine Bekanntmachung des hiesigen dänischen Consuls auf, in der sich derselbe bezugnehmend auf eine Aufforderung der dän. Regierung, zur Aufnahme von Beiträgen zur Wiederaufbauung des abgebrannten dänischen Fürstenschlosses Friedrichsborg bereit erklärt. Unter dieser Aufforderung war, wahrscheinlich von unbefugter Hand folgende Zeichnung eingetragen: Aus Dankbarkeit für die Blokade von 1848 für die Gräfin Danner 10 Sgr. —

* Der Justizminister hat, der Köln. Ztg. zufolge, unterm 10. v. Mts. verfügt, daß, wenn ein Angeschuldigter durch rechtskräftiges Erkenntniß von Strafe und Kosten freigesprochen worden, die während seiner Haft entstandenen Verpflegungskosten auch von dem Kriminal-Fonds zu tragen sind.

Getreide-Berichte.

Stettin, 6. März. Witterung: trübe Luftt, Nachts Schnee und Regen. Temperatur: + 4 Grad. Wind: N.

Am heutigen Landmarkt bestand die Zufuhr aus: 3 W. Weizen, 1 W. Roggen, — W. Gerste, 4 W. Hafer, — W. Erbsen. — Bezahlt wurde für: Weizen 62—65 Rt., Roggen 46—48 Rt., Gerste 38—40 Rt., Erbsen 44—48 Rt., alles pr. 25 Schfl.; Hafer 26—29 Rt. pr. 26 Schfl.

An der Börse:

Weizen unverändert, loco gelber 82pfd. $62\frac{1}{2}$—67 Rt. nach Qualität bez., geringer poln. $61\frac{1}{2}$ Rt. bez., pr. Frühjahr 85pfd. gelber inländischer 68 Rt. Br., $67\frac{1}{2}$ Gd., vorpomm. 70 Rt. Br.

Roggen behauptet, loco pr. 77pfd. 45—$45\frac{1}{2}$ Rt. bez., pr. März 45 Rt. Br., Frühjahr $44\frac{3}{4}$ Rt. bez. u. Gd., 45 Br., Mai-Juni 45 Rt. bez. u, Br., Juni-Juli $45\frac{1}{2}$ Rt. Br., 45 Gd.

Gerste ohne Umsatz.

Hafer loco pr. 50pfd. 28 Rt. bez.

Rüböl behauptet, loko $11\frac{1}{4}$ Rt. Br., April-Mai $11\frac{1}{4}$ Rt. Br., $11\frac{1}{6}$ Rt. Gd., Septbr.-Oktober $11\frac{7}{8}$, $11\frac{11}{12}$ Rt. bez.

Leinöl loko inkl Faß 11 Rt. Br.

Spiritus höher bezahlt, loko ohne Faß $16\frac{1}{2}$, $16\frac{7}{12}$ bez., März $16\frac{3}{4}$ bez., April-Mai $16\frac{3}{4}$ bez., Frühjahr $17\frac{1}{6}$ bez. und Br., Mai-Juni $17\frac{1}{3}$ bez. u. Br., Juni-Juli $17\frac{1}{2}$ bez. u. Gd., $17\frac{1}{2}$ Br., Juli-August 18 Br.

In voriger Woche sind hier auf der Berlin-Stettiner Bahn eingetroffen:

62 W. 18 Schfl. Weizen, 8 W. 4 Schfl. Erbsen, 31 Faß Spiritus.

In voriger Woche sind auf der Berlin-Stettiner Eisenbahn von hier verladen:

6 W. 12 Schfl. Hafer, 10 Centner Rüböl, 24 Faß Spiritus.

Mit der Stettin-Stargarder Bahn sind vam 26. Februar bis incl. 3. März eingetroffen:

1662 Scheffel Weizen, $4528\frac{1}{2}$ Scheffel Roggen, 50 Scheffel Erbsen, 2 Scheffel Kartoffeln, 627 Ctr. Mehl, $663\frac{1}{2}$ Scheffel Rübsen, 136 Scheffel Leinsamen, 971 Ctr. Kleesamen, 84 Faß Oel, 252 Faß Spiritus.

In rother Kleesaat war in Breslau bei reichlichen Offerten schwacher Umsatz, ordinare $7\frac{3}{4}$ bis $8\frac{2}{3}$ Rt., mittel $9\frac{1}{4}$ bis $10\frac{1}{4}$ Rt., feine $10\frac{3}{4}$ bis $11\frac{1}{3}$ Rt., hochfeine $11\frac{2}{3}$ bis 12 Rt.

Weiße Saat war bei sparsamen Offerten etwas gefragt, ordin. 19 bis 21 Rt., mittel 22 bis $23\frac{1}{4}$ Rt., fein $23\frac{5}{6}$ bis $24\frac{1}{2}$ Rt., hochfein $24\frac{2}{3}$ bis $25\frac{1}{4}$ Rt.

Danzig, 5. März. Weizen rother 129.130—135.36 pfd. von 71—72—$77\frac{1}{2}$—79 sgr., bunter, glasiger und dunkler 128—133—134pfd. von 72—73—80—$81\frac{1}{2}$ sgr., feinbunt, hochbunt, hellglasig und weiß 132.3—135.7pfd. 81—82—85—$86\frac{1}{2}$ sgr. Roggen $52\frac{1}{2}$ sgr. pr. 125 Pfd., für jedes Pfd. mehr oder weniger $\frac{1}{2}$ sgr. Differenz. Erbsen von 52.53—56.58 sgr. Gerste kleine 105.8—110.2pfd. von 39—42—44—45 sgr., große 110.12—116.19pfd. von 44.47—55.57 sgr., für Kavalier 116.120pfd. $57\frac{1}{2}$—59 sgr. Hafer von 24.25—28—29—30 sgr. — Spiritus $15\frac{7}{12}$ Trall. bez.

Wetter: Schnee und naß. Wind SO.

Posen 5. März. Roggen setzte etwas niedriger ein, schließt fest pr. März $42\frac{1}{2}$ bez., Frühjahr $42\frac{1}{2}$ bez., April-Mai $42\frac{1}{2}$ bez., Mai-Juni 43 Br., $42\frac{3}{4}$ Gd.

Spiritus (pr. 8000 pCt. Tralles) etwas besser bezahlt, gekündigt 48,000 Qrt. loko (ohne Faß) $15\frac{1}{3}$—$15\frac{2}{3}$ Rt., mit Faß pr. März $15\frac{2}{3}$ bez., $15\frac{5}{6}$ Br. und Gd., April 16 bez., April-Mai $16\frac{1}{4}$ bez., Mai-Juni $16\frac{1}{2}$ Br. u. Gd.

Die telegraphischen Depeschen melden:

Berlin, 6. März. Staatsschuldscheine $84\frac{3}{8}$ bez. Prämien-Anleihe $3\frac{1}{2}$ pCt. $113\frac{1}{2}$ bez. Berlin-Stettiner $95\frac{1}{2}$ Gd. Stargard-Posener 81 bez. Oestr. Nat.-Anl. $57\frac{3}{8}$ bez. Diskonto-Commandit-Anth. $80\frac{3}{4}$ bez. Franz. Oest. Staats-Eisenbahn-Aktien — bezahlt. Wien 2 Mon. — Br. Hamburg 2 Mon. $150\frac{3}{8}$ bez. London 3 Mon 6. $17\frac{3}{4}$ bez.

Roggen pr. März $48\frac{5}{8}$, 49 bez., pr. Frühjahr 48, $48\frac{3}{8}$ bez., pr. Mai-Juni 48, $48\frac{1}{2}$ bez.

Rüböl loco $11\frac{1}{2}$ Br., pr. März-April $11\frac{1}{2}$ bez., pr. April-Mai $11\frac{1}{3}$, $\frac{1}{2}$ bez., pr. September-Oktober $12\frac{1}{4}$, $\frac{1}{6}$ bez.

Spiritus loco pr. 8000 pCt. $16\frac{5}{6}$ bez., März-April $16\frac{5}{6}$, $\frac{7}{8}$ bez, April-Mai $17\frac{1}{8}$ bez., Mai-Juni $17\frac{1}{3}$, $18\frac{3}{8}$ bez.

Hamburg, 5. März. Getreidemarkt. Weizen loko und ab Auswärts stille. Roggen loko unverändert, ab Auswärts stille. Oel, pr. Mai $24\frac{5}{8}$, pr. Oktober $25\frac{7}{8}$. Kaffee seit Sonnabend Abend über 12,000 Sack meist Rio, etwas Santos umgesetzt, schwimmend und loko gut $\frac{1}{16}$ höher, Zink auf $13\frac{2}{3}$ gehalten.

London, 5. März. Getreidemarkt. In Weizen ruhiges Geschäften bei unveränderten Preisen. Gerste zum Mahlen gefragt, Hafer ruhig.

Berlin, 5. März. Der Markt war genügend befahren und wurden Schweine bester Qualität höher bezahlt. Auch mit Hammeln war das Geschäft ziemlich gut, mit Rindern und Kälbern aber flau.

Vom 28. Februar bis 5. März incl. wurden angetrieben und mit folgenden Durchschnittspreisen bezahlt:

Rindvieh: 690 Ochsen, 240 Kühe. Preis für beste Waare 12—14 Rt., (allerbeste Qualität wurde höher wie vorstehend bezahlt), Mittel- 10—12 Rt., ordinäre 8—10 Rt. pr. 100 Pfd.

Schweine: 2785 Stück. Gute Waare 14—15 Rt., (allerbeste Qualität wurde ebenfalls höher bezahlt) ordin. 13—14 Rt. pr. 100 Pfd.

Kälber: 1790 Stück. Hammel: 1210 Stück.